

# Für eine Kehrtwende in der Sozialpolitik

## Die SVP präsentiert einen bunten Strauss von Ideen

An einem Sonderparteitag in Altdorf hat die Schweizerische Volkspartei (SVP) eine radikale Neuausrichtung in der Sozialpolitik gefordert. Die Finanzierung der Sozialwerke müsse ohne neue Steuern und mit tieferen Lohnprozenten sichergestellt werden. Langfristig will die SVP die Sozialausgaben auf das Niveau von 1990 reduzieren. Dabei sollen auch die Erhöhung des Rentenalters und das Kapitaldeckungsverfahren für die AHV geprüft werden.

Bereits zu Beginn der neuen Legislatur hat die Schweizerische Volkspartei ihre Delegierten zu einem Sonderparteitag geladen. Hauptthema des in Altdorf im Kanton Uri stattfindenden Anlasses war die Zukunft und Sicherung der Sozialwerke, womit die SVP vor den anderen Parteien und dem Bundesrat die Debatte neu lanciert und die Sozialpolitik zu ihrem Thema gemacht hat. In seiner Eröffnungsrede schilderte Parteipräsident *Ueli Maurer* die Finanzlage der sozialen Einrichtungen in düstersten Farben: Trotz einer «Explosion» der Beitragszahlungen stünden die Sozialwerke heute sämtlich vor geplünderten Kassen oder gar Schuldenbergen. Maurer warf dem Bundesrat und namentlich der Sozialministerin vor, die Tatsachen in verantwortungsloser Weise zu verharmlosen. Einzig die SVP habe in den letzten Jahren als «einsamer Rufer in der Wüste» auf die Probleme hingewiesen und gegen die stetig steigenden Sozialabgaben gekämpft. «Wir dürfen den Kannibalismus an den Generationen von morgen nicht zulassen», sagte Maurer und forderte eine Senkung der Steuerlast und eine Kehrtwende in der Sozialpolitik. Die soziale Sicherheit dürfe nicht mit einer Vollkaskoversicherung in allen Lebenslagen verwechselt werden, sondern müsse sich an der Bedürftigkeit messen.

### Eigenverantwortung zu klein geschrieben

In den nachfolgenden Referaten wurde aus unterschiedlicher Perspektive dargelegt, warum eine radikale Neuorientierung in der Sozialpolitik not tue. So wurde angeprangert, dass das geltende System die Eigenverantwortung zu wenig berücksichtige und damit die Anspruchsmoral gegenüber dem Staat und den Missbrauch der Sozialeinrichtungen fördere. Das Gewerbe sei wegen der Steuer- und Abgabenbelastung mittlerweile am Limit seiner Ressourcen, führte eine KMU-Vertreterin aus, während ein Vertreter der Jungen seine Ängste kundtat, dass er dereinst nicht ruhig in den Ruhestand werde treten können. Grossen Applaus erhielt das Votum der Zürcher Regierungsrätin *Rita Fuhrer*, die mit ihrer Aussage, dass mit der Invalidenversicherung viel Missbrauch getrieben werde, den Delegierten offenbar aus dem Herzen sprach.

Nach dieser Auslegeordnung zu den Problemen im Sozialbereich erläuterten die Nationalräte *Walter Schmied* (Bern), *Jean Fattebert* (Waadt) und *Hansjörg Hassler* (Graubünden), wie die Sozialpolitik auf einen neuen Kurs gebracht werden soll. Die Vorschläge sind in einem Thesenpapier der parlamentarischen Arbeitsgruppe Sozialpolitik skizziert, das die Grundsätze und Ziele festschreibt und die Eckwerte für die Marschrichtung setzt. Die Delegierten stimmten dem Papier einstimmig zu. Im Vordergrund stehen eine rasche Senkung der Lohnbeiträge für die Erwerbsersatzordnung (EO) und die Arbeitslosenversicherung (ALV) sowie ein Verzicht auf jeglichen weiteren Ausbau der Sozialleistungen, namentlich bei der Krankenversicherung. In den nächsten zehn Jahren dürfen nach Forderung der SVP keine neuen Steuern, Abgaben oder Lohnprozent eingeführt werden, und langfristig wird

eine dauerhafte Senkung der Sozillastquote auf das Niveau von 1990 angestrebt. Mit einem Massnahmenbündel (siehe Kasten) soll die sozialpolitische Neuorientierung schrittweise verwirklicht werden. Dabei soll unter anderem auch über die Erhöhung des Rentenalters, den Wechsel vom Umlage- zum Kapitaldeckungsverfahren bei der AHV sowie über den Übergang zur freiwilligen individuellen Vorsorge nachgedacht werden.

### Volksinitiative nicht ausgeschlossen

Mit der Verabschiedung des noch wenig konturierten Programmpapiers zur Sozialpolitik, das laut SVP-Führung in den kommenden Monaten laufend konkretisiert werden soll, haben die Delegierten die Parteileitung beauftragt, sich im Parlament für die angestrebten Ziele einzusetzen. Findet sie dort keine ausreichende Gefolgschaft, will die SVP die langfristige Senkung der Sozillastquote mit einer Volksinitiative durchsetzen. Ein solches Begehren könne dann, so Maurer, zu Beginn des nächsten eidgenössischen Wahljahres eingereicht werden.

### Ein Bündel von Massnahmen

In ihrem Grundsatzpapier zur Zukunft und Sicherung der Sozialwerke schlägt die SVP namentlich folgende Massnahmen vor:

#### Kurzfristig:

- rasche Reduktion der für die EO erhobenen Lohnprozente; Reduktion der ALV-Lohnprozente auf 2 Prozent oder weniger bis 2003
- keine Erhöhung der Beiträge für Selbständig-erwerbende
- keine Flexibilisierung des Rentenalters zulasten der AHV
- Begünstigung der persönlichen Vorsorge
- Bekämpfung des Missbrauchs

#### Mittelfristig:

- Nutzung der bereits verfügbaren Mittel, vor allem Einsatz des Nationalbankgoldes und der Spielbankenerträge für die AHV
- bessere Bewirtschaftung aller Fonds- und Kassengelder
- Schaffung von Anreizsystemen zur Wiedereingliederung von Rentenbezüglern

#### Langfristig:

- Evtl. Wechsel vom Umlage- zum Kapitaldeckungsverfahren bei der AHV
- Weitere Ideen: Koppelung der Sozialausgaben an das Wirtschaftswachstum; Privatisierung von Sozialversicherungen; Erhöhung des Rentenalters mit Sonderregelung für Leute, die körperliche Schwerstarbeit leisten; Übergang zur freiwilligen, steuerbegünstigten individuellen Vorsorge für Krankheit, Alter und Invalidität.